

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 36 – Früher wahrnehmen – schneller Handeln –
besser kooperieren – zum Wohle unserer Kinder

Dazu sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 433.06 / 13.10.06

Grüne fordern weiterhin: Verbindliche Vorsorgeuntersuchung für alle Zweijährigen

Ich danke der Ministerin für den ausführlichen Bericht. Dieser zeigt, dass in Schleswig-Holstein viel zum Wohle der Kinder getan wird. Er zeigt, dass es etliche Einrichtungen, Verbände und Vereine gibt, die sich dem Thema Frühförderung, Beratung, Schutz und Hilfe widmen. Diese Angebote sind notwendig, und es ist wichtig, dass sie auch weiterhin unterstützt und vernetzt werden.

Doch eines ist allen Mitteln gemein: Es sind freiwillige Hilfsangebote – ihre Kontrollwirkung ist begrenzt. Die Angebote setzen eine zwar sehr geringe, aber dennoch erforderliche Eigeninitiative der Eltern voraus. Wir müssen jedoch feststellen, dass es einigen Eltern an Information, Motivation, Willen, Mut, Engagement oder auch an Kompetenz fehlt, um diese Beratungs- und Hilfsangebote anzunehmen. Auch deshalb gibt es immer wieder besonders problematische Fälle von Kindesvernachlässigung, die nicht nur spät, sondern manchmal auch zu spät aufgedeckt werden. Wie hoch die Dunkelziffer ist, wissen wir nicht. Aus Sicht meiner Fraktion besteht deshalb akuter Handlungsbedarf.

Kinder sind unsere Zukunft. Sie brauchen die bestmöglichen Chancen und den bestmöglichen Schutz - auch, um als starke Erwachsene die Zukunft dieses Landes gestalten zu können. Deshalb müssen wir ein System entwickeln, welches das frühe Erkennen von Entwicklungsrückständen, von Vernachlässigung und Misshandlung besser sicherstellt als das jetzige System. Nur wenn Fehlentwicklungen früh erkannt werden, besteht die Möglichkeit, Entwicklungsverzögerungen optimal auszugleichen.

Deshalb setzt sich meine Fraktion bekanntlich dafür ein, dass es zukünftig verbindliche Vorsorgeuntersuchungen gibt. Der von uns im Januar 2006 vorgelegte Gesetzentwurf, dem zur Folge alle zweijährigen Kinder verpflichtend an einer Vorsorgeuntersuchung teilnehmen müssen – bei ihrem Kinderarzt oder im Gesundheitsamt - war Anlass für den Berichtsantrag von CDU und SPD. Er war Anlass für eine ausführliche Ausschussberatung und für eine Expertenanhörung im Sozialausschuss.

1/2

Dabei hat sich gezeigt, dass die Fachleute deutlich weiter gehen wollten, als wir es im Gesetzesentwurf vorgesehen hatten. Kinderschutzbund, Kinderärzte und Wissenschaftler traten dafür ein, dass alle Kinder im Alter von drei Jahren - zusätzlich zu den Angeboten der Krankenkassen – an einer Pflichtvorsorgeuntersuchung im Gesundheitsamt teilnehmen müssen. Die Landesregierung begrüßt diesen Vorschlag zwar theoretisch - bewertet ihn aber als zu teuer und damit auf Landesebene als nicht umsetzbar.

Der GRÜNE Vorschlag ist aus unserer Sicht hingegen praktikabel und finanzierbar. Er würde sicherstellen, dass zukünftig kein Kind mehr durchs Raster fällt, weil alle Kinder im Alter von zwei Jahren an einer Vorsorgeuntersuchung teilnehmen, beim Kinderarzt oder beim Gesundheitsamt. Wir GRÜNEN möchten, dass Hilfs- und Beratungsangebote in den Vordergrund gestellt werden. Wir möchten aber auch, dass es zumindest einen Zeitpunkt im Leben der kleinen Kinder gibt, wo jemand von Außen nachschaut, wie es den Kindern geht. Aus meiner Sicht gehört diese staatliche Fürsorge zu dem Recht eines jeden Kindes auf ein gesundes Aufwachsen.

Sozialministerin Trauernicht ist groß und lautstark mit der Forderung gestartet, alle bestehenden Vorsorgeuntersuchungen verpflichtend zu machen. Geblieben ist eine von Hamburg angeschobene und von Schleswig-Holstein unterstützte, eher schwammige Bundesratsinitiative, von der auch vier Monate nach der Verabschiedung keine tiefgreifenden Veränderungen bekannt sind. Wertvolle Zeit ist verstrichen. Zeit, welche Kinder in Notsituationen nicht haben.

Die GRÜNE Fraktion bleibt dabei! Wir brauchen eine verbindliche Vorsorgeuntersuchung, mit der wir alle Kinder und alle Eltern erreichen. Die 2. Lesung unseres Gesetzes ist für November vereinbart. Ich hoffe, dass es bei CDU und SPD bis dahin noch Bewegung gibt und dass wir gemeinsam eine Lösung finden. Eine Lösung, welche das Recht unserer Kinder auf eine gesunde Kindheit in den Vordergrund stellt.
